
»Die drei unterschiedlichen Strategien des neuen imperialistischen ›Trio infernale‹ – USA, Russland und China – sind drei unterschiedlichen Abstiegsszenarien geschuldet.«

ULRICH MENZEL

Den Beitrag »Das Zeitalter des neuen Imperialismus« finden Sie auf Seite 61.

Venezuela und der Don im Weißen Haus

Wie Trump versucht, Lateinamerika zu beherrschen

Mit dem Militärschlag gegen Venezuela hat die Trump-Regierung demonstriert, dass sie die Dominanz der USA in der »westlichen Hemisphäre« auch mit Gewalt durchsetzen will. Dabei beruft sie sich nicht – im Unterschied zu US-Interventionen in der Vergangenheit – auf demokratische Werte. Die lateinamerikanischen Länder haben aber andere Optionen, als sich dem US-Herrschaftsanspruch zu unterwerfen.

Von FERDINAND MUGGENTHALER

Donald Trump hat sein Ziel, die USA nicht nur wieder großartig (»great again«), sondern auch größer zu machen, nie verhehlt. Doch als er vor einem Jahr ankündigte, Panama, Grönland und womöglich Kanada unter seine Kontrolle zu bringen, schienen das noch großspurige Fantasien, die bald an der Realität zerschellen würden. Inzwischen wissen wir: Statt sich zu mäßigen, eskaliert Trump seine Drohungen und hat in Venezuela seine Entschlossenheit zu spektakulären Militärschlägen demonstriert.

Schon zuvor hatte sein Stab die außenpolitischen Gedanken seines Chefs und die Ideologie seiner wichtigsten Ideengeber systematisiert. Das Ergebnis ist in der Anfang Dezember veröffentlichten »Nationalen Sicherheitsstrategie« festgehalten. Darin wird unverblümt auf militärische Stärke gesetzt und als erstes Ziel ausgegeben, die »Vorherrschaft« in der »westlichen Hemisphäre« – gemeint ist der amerikanische Doppelkontinent, wozu die USA auch Grönland zählen – »wiederherzustellen«.¹ Spätestens am 3. Januar war dann klar: Es bleibt nicht bei Ankündigungen. Das US-Militär beschoss Radaranlagen und Luftabwehrstellungen in Venezuela, Hubschrauber setzten eine Spezialeinheit ab, gut zwei Stunden später flogen sie wieder weg – mit an Bord, als Gefangene, der Präsident Venezuelas, Nicolás Maduro, und seine Ehefrau, die ehemalige Parlamentspräsidentin Cilia Flores. Die Bilanz der Militäraktion: Etwa 100 Tote, vor allem Soldaten und das persönliche Sicherheitspersonal Maduros, darunter 32 Kubaner.²

Bereits Monate vor dem Angriff hatten die USA eine große Rolle Venezuelas im »Drogenterrorismus« behauptet und eine Streitmacht in der Karibik zusammengezogen. Das US-Militär versenkte mit Raketen dutzende Boote mutmaßlicher Drogen-

FERDINAND MUGGENTHALER, geb. 1967 in Fürth, ist seit 2023 »Blätter«-Redakteur. Zuvor war er Büroleiter für die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Ecuador und dort auch mit Venezuela befasst.

1 National Security Strategy of the United States of America 2025, [whitehouse.gov](https://www.whitehouse.gov).

2 Emma Bubola, Venezuelans Decry Civilian Casualties. Pentagon Says It's Unaware of Any, [nytimes.com](https://www.nytimes.com), 8.1.2026.

schmuggler und tötete dabei mindestens 110 Personen.³ Trump rechtfertigte das völkerrechtswidrige Vorgehen damit, die Drogen in jedem dieser Boote hätten in den USA durchschnittlich 25 000 Menschen töten können. Die Rechnung wäre schon absurd gewesen, wenn so tatsächlich ein Teil der Versorgung der USA mit gefährlichen Suchtmitteln unterbunden worden wäre. Aber Venezuela spielt noch nicht einmal eine Rolle für die Versorgung mit Fentanyl, der tödlichsten Droge in den USA. Das Land ist lediglich ein Transitweg für kolumbianisches Kokain, das vor allem für den europäischen Markt bestimmt ist. Es lohnt also kaum, sich lange mit dieser ursprünglichen Begründung des Angriffs aufzuhalten.

Bei der Intervention ging es vielmehr um drei Dinge, die inzwischen auch offen ausgesprochen werden: Öl, Migration und zuallererst um eine Machtdemonstration. Letzteres ist der US-Regierung gelungen: Die Militäroperation schickte eine Schockwelle um die Welt. Die europäischen Regierungen waren sichtlich verunsichert, zumal Trump kurz darauf seine Drohungen gegen Grönland erneuerte. Angewiesen auf die Unterstützung der USA, fanden sie sich politisch in einer komplexen Lage wieder. Juristisch dagegen war die Beurteilung der Aktion – anders als Bundeskanzler Friedrich Merz behauptete – keineswegs »komplex«, sondern eindeutig. Die USA bemühten sich denn auch gar nicht darum, völkerrechtliche Argumente für ihren Militärschlag anzuführen. Trump selbst sagte später der »New York Times«, »ich brauche kein Völkerrecht«.⁴ All das passt zu Geist und Wortlaut der neuen Sicherheitsstrategie der USA. Dort wird die »sogenannte regelbasierte Ordnung« als gescheitertes Projekt schwacher Liberaler abgetan. Gleichzeitig behaupten die Urheber des Papiers, die Welt funktioniere am besten, wenn jede Nation ihre eigenen Interessen in den Mittelpunkt stelle, und polemisieren gegen transnationale Organisationen, die durch ihr Handeln die nationale Souveränität untergraben würden.

Die USA ihrerseits sind bereit, die Souveränität anderer Staaten im Alleingang zu verletzen, ohne auch nur zu versuchen, dafür eine Rechtfertigung im Völkerrecht zu finden. Das hat die Militäraktion der USA in Venezuela demonstriert. Sie war damit ein regelrechter Schlag mit der Abrissbirne gegen das ohnehin marode Gebäude der regelbasierten Ordnung. Die Konsequenz: Die UN-Charta, andere völkerrechtliche Verträge und multilaterale Organisationen verlieren weiter an Bedeutung. Genau das war beabsichtigt. Wie um es zu bekräftigen, traten die USA kurz darauf aus 66 internationalen Organisationen aus.

Epochenbruch oder Kontinuität im Hinterhof?

Entsprechend wurde die Aktion in Europa als Zeichen für einen Epochenbruch gedeutet. Dagegen betonen in Lateinamerika viele, vor allem im linken Spektrum, die Kontinuitäten in der US-Politik. Tatsächlich sind Militärinterventionen der USA auf dem Kontinent nichts Neues. Der letzte erzwungene Sturz eines Diktators durch die USA ist genau 36 Jahre her. Just am 3. Januar 1990 ergab sich der damalige starke Mann Panamas, Manuel Noriega, den US-Truppen, allerdings erst nach 14 Tage andauernden Kämpfen und vielen hundert zivilen Toten.⁵

3 Vgl. Tobias Lambert, Trump gegen Venezuela: Die neue Donroe-Doktrin, in: »Blätter«, 12/2025, S. 33–36.

4 David E. Sanger u.a., Trump Lays Out a Vision of Power Restrained Only by »My Own Morality«, nytimes.com, 8.1.2026.

5 Die Opferzahlen sind umstritten. Vgl. Tobias Lambert, Invasion gegen die Armen, amnesty.org, 1.1.2020.

Ohne Zweifel knüpft also Trump an Traditionen der US-Lateinamerikapolitik an. Interessanter ist aber, welche Tradition er mit seiner »Donroe-Doktrin« nicht aufnimmt: die der Berufung auf Demokratie und Menschenrechte. Zwar sind den USA zu Recht oft Doppelmoral und Machtpolitik im Namen »westlicher Werte« vorgeworfen worden, aber die US-Politik schwankte stark mit dem Parteibuch des jeweiligen Präsidenten und auch der Druck von Menschenrechtsbewegungen hinterließ Spuren. So stoppten die USA unter Jimmy Carter alle Waffenverkäufe an die Militärdiktatur in Argentinien, die dessen Vorgänger Gerald Ford noch tatkräftig unterstützt hatte. Vor allem aber nach 1989 halfen die USA in mittel- und süd-amerikanischen Staaten finanziell und diplomatisch – oft in multilateralen Formaten – in Friedensprozessen und beim

Aufbau rechtsstaatlicher Institutionen, wie bei der internationalen Kommission zur Korruptionsbekämpfung CICIG in Guatemala. Und John Kerry, Außenminister unter Barack Obama, verkündete 2013 in einer Rede vor der Organisation Amerikanischer Staaten gar: »Die Ära der Monroe-Doktrin ist vorbei.«⁶ Obama wiederum erkannte 2016 die Mitverantwortung der USA für die Verbrechen der argentinischen Militärdiktatur an. In der Folge übergaben die USA 47 000 Seiten an Geheimdokumenten zur Aufklärung an Argentinien.

Das heißt nicht, dass die USA keine eigennützigen Interessen mehr verfolgten. Auch ihr Militär war weiter in Lateinamerika aktiv, etwa um die kolumbianische Armee in ihrem rücksichtslosen Kampf gegen die Guerilla zu unterstützen. Doch daneben spielten Demokratie und Menschenrechte eben auch eine wichtige Rolle. Regierungen, Gerichte und soziale Bewegungen auf dem Kontinent konnten sich auf dieses Bekenntnis berufen und so wichtige Fortschritte erzielen. Unter Trump hingegen spielen Demokratie und Menschenrechte nicht einmal mehr rhetorisch eine Rolle. In der Sicherheitsstrategie kommt selbst das Wort Demokratie nicht mehr vor. Die Wiederherstellung der Demokratie in Venezuela war auch kein Thema auf der Pressekonferenz des US-Präsidenten wenige Stunden nach der Entführung Maduros. Stattdessen feierte er dort mit seinen Ministern Marco Rubio und Pete Hegseth vor allem die Präzision des US-Militärs beim Einsatz in Venezuela.

Venezuela zwischen Hoffnung und Angst

Auch viele Venezolaner:innen im Exil feierten zunächst die Gefangennahme von Maduro. Für die allermeisten der fast acht Millionen Menschen⁷, 20 Prozent der Gesamtbevölkerung, die das Land in den vergangenen Jahren verlassen haben, war der Sturz des Staatschefs ein Grund zu Freude und Hoffnung. Als aber klar wurde, dass es Trump nicht um die Wiederherstellung von Demokratie geht, mischte sich schnell Enttäuschung und Angst in die Freude. Und ihre Verwandten in Venezuela ließen die

»Der Machtapparat der Maduro-Regierung bleibt intakt und führt seine Repressionsmethoden fort.«

6 Die Doktrin geht auf US-Präsident James Monroe zurück. Sie hatte ursprünglich eine antikoloniale Ausrichtung: Monroe wandte sich 1823 gegen europäische Mächte, die Kolonien auf dem amerikanischen Kontinent zurückerobern wollten. Später stand sie für einen exklusiven Dominanzanspruch der USA auf dem Doppelkontinent.

7 Venezuela situation, unhcr.org, laufend aktualisiert.

Geflohenen wissen, sie sollten ihnen keine Nachrichten über Maduro auf ihre Handys schicken. Der Grund: Auf den Straßen patrouillieren Polizei und die berüchtigten »Colectivos«, regierungstreue Milizen, und kontrollieren Smartphones auf oppositionelles Gedankengut.

Stabilität und Ölgeschäfte statt Demokratie

All das ist möglich, weil die USA auf die bisherige Vizepräsidentin und Ölministerin Delcy Rodríguez setzen, um die Stabilität im Land zu erhalten. Dagegen ließ Trump die Friedensnobelpreisträgerin Maria Corina Machado abblitzen, obwohl diese ideologisch ganz auf seiner Linie liegt und ihm in einem grotesken Anbiederungsversuch ihre Nobelpreismedaille übergab. Machado hatte schon früher auf militärische Hilfe aus den USA gehofft, 2024 aber auf eine demokratische Ablösung Maduros gesetzt. Mit einer fadenscheinigen Begründung ließ das venezolanische Regime sie bei den Präsidentschaftswahlen jedoch nicht kandidieren. Der Opposition gelang es im Anschluss, den weitgehend unbekannten Edmundo González aufzustellen. González gewann die Wahl deutlich, das zeigen die von der Opposition dokumentierten Auszählungsprotokolle aus einem Großteil der Wahllokale. Trotzdem verkündete das von der Maduro-Regierung handverlesene Wahlgericht den Sieg Maduros, ohne Detailergebnisse der Stimmauszählung vorzulegen.

Ginge es also um die Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse, wäre González der natürliche Kandidat für die Nachfolge Maduros. Von ihm war aber nicht einmal die Rede. Tatsächlich verfügt er zwar über eine Legitimation durch die Wahlen, aber nicht über eine Machtbasis im Land, genauso wenig wie Machado. Hier folgen die USA erneut ihrer Sicherheitsstrategie, die als erstes Ziel formuliert: »Wir wollen sicherstellen, dass die westliche Hemisphäre einigermaßen stabil und gut regiert bleibt, um eine Massenmigration in die Vereinigten Staaten zu verhindern und zu erschweren.«

Bisher scheint das Arrangement zu funktionieren. Rodríguez forderte zwar zunächst die Freilassung ihres Vorgängers und bezeichnete ihn als den einzig legitimen Präsidenten Venezuelas. Sie ließ sich aber – wie in der Verfassung vorgesehen – als Interimspräsidentin vereidigen und arbeitet mit den USA zusammen. Damit bleibt der Machtapparat der Maduro-Regierung einstweilen intakt und führt auch seine Repressionsmethoden fort. Lediglich einzelne politische Gefangene ließ die Regierung inzwischen frei, wohl auf Druck der USA. Solche Freilassungen gab es aber auch schon unter Maduro, und laut der Menschenrechtsorganisation Foro Penal waren Ende Januar noch immer 777 politische Gefangene inhaftiert⁸, viele davon waren während der Proteste gegen die Wahlfälschung im Sommer 2024 festgenommen worden.

Die Interimspräsidentin Rodríguez hatte schon zuvor als Erdölministerin mit den USA über die Ausweitung der Ölgeschäfte verhandelt. Die Gesprächskanäle waren nie ganz abgerissen, nicht zuletzt, weil der US-Konzern Chevron trotz der 2019 verhängten Sanktionen gegen die venezolanische Ölindustrie über eine Ausnahmegenehmigung weiter in Venezuela tätig blieb. Momentan wird viel spekuliert, ob Rodríguez oder Personen aus ihrem Umfeld auch eine Rolle bei der Entführung

8 Vgl. foropenal.com, Stand: 19.1.2026.

Maduros gespielt haben könnten. Bekannt ist bisher allerdings nur, dass es eine CIA-Mission im Land gab, die über einen Informanten in Maduros Umgebung verfügte.⁹

Auf den ersten Blick findet Trump in Lateinamerika günstige Bedingungen vor, um dort die US-Dominanz wieder durchzusetzen. Gerade Südamerika hat in den vergangenen Jahren einen Rechtsruck erlebt. Zuletzt wählte im Dezember Chile den ultrarechten José Antonio Kast zum Präsidenten. Und wo Trumps Verbündete zu straucheln drohen, da eilt dieser zu Hilfe, wie bei den Zwischenwahlen in Argentinien oder den Präsidentschaftswahlen in Honduras.¹⁰

Der autoritäre Präsident El Salvadors, Nayib Bukele, mit seiner willkürlichen Masseninhaftierung von tatsächlichen oder vermeintlichen Gangmitgliedern, ist in ganz Lateinamerika der beliebteste Politiker. Maduro war, bevor die USA ihn kidnappten, der unbeliebteste: Auf einer Skala von 1-10 wurde Maduro bei einer Umfrage in der Region nur mit 1,3 Punkten bewertet, Bukele mit 7,7.¹¹ Zu dieser Rechtsdrift beigetragen hat das Scheitern der Linksregierungen, die in den 2000er Jahren in Südamerika dominierten. Insbesondere die Misere, die der selbsterklärte »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« in Venezuela hinterlassen hat, ist ein Mobilisierungsfaktor für Konservative und extreme Rechte. Etwa sieben der acht Millionen venezolanischen Migranten haben in lateinamerikanischen Staaten Zuflucht gefunden. Zum Teil sind sie gut integriert, zum Teil werden sie aber angefeindet und – wie in den USA – pauschal für die zunehmende Kriminalität verantwortlich gemacht.

»Die Misere, die der
Sozialismus des
21. Jahrhunderts
hinterlassen hat, hilft der
extremen Rechten.«

Neoimperiale oder neoroyale Ordnung?

Nicht nur mit der Militärintervention in Venezuela, sondern auch mit der Einmischung in Wahlkämpfe zugunsten ihm genehmer Kandidaten knüpft Trump an bekannte Muster an. Seine Ansprüche auf unmittelbare Kontrolle erinnern dabei mehr an die imperiale Politik Ende des 19. Jahrhunderts als an die im Kalten Krieg. Ein Vorbild für Trump ist nicht zufällig William McKinley, unter dessen Präsidentschaft die USA 1898 die Herrschaft über die Philippinen, Puerto Rico und Guam übernahmen. Viele Analysen sehen auch deshalb die Welt auf einen Neoimperialismus zulaufen, bei dem sich China und Russland von Trumps Herrschaftsanspruch in seinem »Hinterhof« ermutigt fühlen, in ihrer selbstgewählten Einflussphäre ebenfalls noch aggressiver vorzugehen.¹²

Für diese historische Analogie spricht einiges. Allerdings hat Trump inzwischen offenbar Gefallen an spektakulären Militäraktionen auch anderswo in der Welt gefunden – etwa in Iran oder gegen Islamisten in Nigeria. Außerdem vermengt er, anders als die historischen Vorbilder, seine imperiale Außenpolitik mit ganz unmittel-

9 Julian E. Barnes and Eric Schmitt, C.I.A. Source Inside Venezuelan Government Helped Track Maduro, nytimes.com, 3.1.2026.

10 Uta Dirksen, María Julia Eliosoff, Sebastian Sperling: Argentinien: Milei am Tropf der USA, in »Blätter«, 12/2025, S. 37-40.

11 Informe Latinobarómetro 2024: La Democracia Resiliente, latinobarometro.org, 1.5.2024.

12 Vgl. den Beitrag von Ulrich Menzel in dieser Ausgabe.

baren Geschäftsinteressen seiner Familie und seiner Günstlinge.¹³ Die Politikwissenschaftlerin Stacie E. Goddard und ihr Kollege Abraham Newman greifen deshalb für eine historische Analogie noch weiter zurück. In ihrer bemerkenswerten Analyse sehen sie statt eines Neoimperialismus einen Neoroyalismus aufziehen. Trump und sein Clan, aber auch andere Akteure wie die Königshäuser am Golf, handelten weniger im Interesse von Nationalstaaten, sondern vielmehr wie »royalistische Cliquen«, analog zu den Habsburgern, den Tudors und den Medici in Europa vor dem Westfälischen Frieden von 1648 oder den Fürstenhäusern im Mongolischen Großreich.¹⁴

Ein Militärschlag als Mafiaaktion

Neoimperial und neoroyal: Beide Begriffe erfassen je einen Teil der aktuellen Entwicklung – nicht aber Trumps egozentrischen Politikstil. Dieser wurde schon oft mit dem eines Mafiabosses verglichen, nicht zuletzt von Republikanern wie dem ehemaligen FBI-Direktor James Comey, die mit ihm in seiner ersten Amtszeit zusammenarbeiten musste.¹⁵ Allerdings bezogen sie diesen Vergleich auf die Politik im Inneren.

Nach dem Militärschlag auf Venezuela wendet Andrés Izarra, ein ehemaliger Minister unter Hugo Chávez und Nicolás Maduro, die Analogie nun auch auf die US-Außenpolitik an. Trump habe mit Maduro einen Mafiaboss aus dem Verkehr gezogen und sich selbst an dessen Stelle gesetzt. So erklärt Izarra, warum bisher die Zusammenarbeit zwischen Trump und der venezolanischen Regierung so glatt läuft: Die herrschende Clique in Caracas hat einfach den Chef gewechselt. Und das, obwohl sie sich jahrelang mit ihrer antiimperialistischen Rhetorik legitimiert hatte und diese nach wie vor nicht ganz abgelegt hat. Der Madurismo »mochte korrupt, autoritär oder inkompetent sein, aber er war »antiimperialistisch«. Doch Loyalitäten seien in diesem Milieu weder ideologischer noch moralischer Natur, sondern geschäftlicher. Deshalb, so Izarra, »konnte Trump den Boss entfernen, ohne die Struktur zu zerstören. [...] Und alles funktionierte, weil das Maduro-Regime kein revolutionäres, sondern ein mafiöses Regime war.«¹⁶ Und weil Trump – typisch für solche Strukturen – auf spektakuläre Gewalt und Einschüchterung setzt. Rodríguez drohte er: »Wenn sie nicht das Richtige tut, wird sie einen sehr hohen Preis zahlen, wahrscheinlich höher als Maduro.« Trump nennt seine Neuinterpretation der Monroe-Doktrin inzwischen selbst die Donroe-Doktrin, in Anspielung auf seinen Vornamen. Passender wäre es, die Bezeichnung auf sein Handeln zu beziehen. Es gleicht dem Verhalten eines »Don«, des Oberhaupts eines Mafiaclans.

Die »regelbasierte Weltordnung« war nie überall und umfassend umgesetzt, aber die US-Regierung hat sie mit dem Überfall auf Venezuela nochmals gründlich erschüttert – eine hochgefährliche Entwicklung. Fest steht, Trump wird die Welt mit seinen Mafiamethoden weiter in Atem halten. Ob sich aber tatsächlich eine neoimperial oder neoroyale Weltordnung nach seinen Vorstellungen etabliert, ist völlig offen. In Lateinamerika jedenfalls wird Trump trotz der für ihn momentan günstigen Bedingungen eine unumstrittene Vorherrschaft nicht durchsetzen können.

13 Vgl. Lazaro Gamio and Amy Schoenfeld Walker, Trump's Tangled Web of Deal-Making, Policy and Riches, *nytimes.com*, 31.12.2025.

14 Stacie E. Goddard und Abraham Newman, Further Back to the Future: Neo-Royalism, the Trump Administration, and the Emerging International System, in: »International Organization«, 12/2025, S. 12-25.

15 Thomas B. Edsall, James Comey Said Trump Brought Sammy the Bull to Mind, *nytimes.com*, 28.10.2025.

16 Andrés Izarra, El cambio de régimen perfecto, in: »Nueva Sociedad«, 1/2026.

Dazu sind die Staaten dort viel zu divers, die Zivilgesellschaft zu gut organisiert und der wirtschaftliche Bedeutungsverlust der USA zu weit fortgeschritten.¹⁷

Politisch halten die Präsidentin von Mexiko und die Staatschefs von Kolumbien und Brasilien dagegen. In Kolumbien rief die rechte Opposition zwar Trump dazu auf, den demokratisch gewählten, linksgerichteten Präsidenten Gustavo Petro ebenfalls zu kidnappen, aber damit verkleinerte sie offenbar nur ihre Chancen bei der im Mai anstehenden Wahl. Außerdem erwiesen sich schon in der Vergangenheit in vielen Ländern der Region die Wähler:innen als pragmatisch. Liefern die Regierungen nicht die versprochene Sicherheit und stellt sich der angekündigte wirtschaftliche Aufschwung nicht ein, werden sie schnell abgestraft: So verlor Ecuadors Präsident Daniel Noboa im November ein Referendum, bei dem er unter anderem die Verfassung ändern wollte, um die Stationierung von US-Truppen zu erlauben.

Auch ein Blick auf die wirtschaftlichen Daten zeigt, dass eine klare Vorherrschaft der USA in Südamerika fast unmöglich ist. Viel zu eng sind die Staaten dort, auch die mit Trump-freundlichen Regierungen, wirtschaftlich mit China verflochten. Deswegen Gewicht im Außenhandel der Mercosurstaaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay stieg von zwei Prozent im Jahr 2000 auf 24 Prozent 2024. Der Anteil der USA schmolz im gleichen Zeitraum von 21 Prozent auf 12 Prozent zusammen. Im Wettstreit zwischen China und den USA könnte für die lateinamerikanischen Staaten aber ein dritter Akteur wieder eine wichtigere Rolle spielen, nämlich die EU. Bei aller verständlichen Kritik an mangelnden Umwelt- und Sozialstandards stellt das gerade unterzeichnete – multilaterale – Abkommen zwischen der EU und dem Mercosur ein Gegengewicht zu Trumps wie Chis Machtansprüchen dar.¹⁸

Auf einem weiteren Gebiet prallen die Vorstellungen der Trump-Regierung ebenfalls auf gegenläufige materielle Entwicklungen: Laut ihrer Sicherheitsstrategie wollen die USA ihre »Energiedominanz« weltweit wieder herstellen. Als Energiequellen werden aber nur Öl, Gas, Kohle und Kernenergie aufgezählt. Weltweit am stärksten wächst dagegen die Stromproduktion aus Wind und Sonne – insbesondere dank billiger chinesischer Solarmodule. Deshalb könnte sich das venezolanische Öl als weniger wertvoll herausstellen, als Trump es sich erträumt, zumal US-Ölkonzerne vor Investitionen in Venezuelas marode Ölindustrie bislang zurückschrecken. Daher gilt: Welche Rolle Lateinamerika in einer neuen Weltordnung spielen wird, hängt nicht nur vom Handeln der großen Mächte ab, sondern auch davon, wie die dortigen Gesellschaften und Regierungen die vorhandenen Spielräume nutzen. Und nicht zuletzt davon, ob es den Demokraten in den USA bei den Zwischenwahlen im November gelingt, einen Regimechange in den USA einzuleiten, der Don Trump einen Riegel vorschiebt. ◻

»Ein Blick auf die wirtschaftlichen Daten zeigt, dass eine klare Vorherrschaft der USA in Südamerika fast unmöglich ist.«

17 Vgl. Simon Gerards Iglesias, Imperiale Wiederkehr? Lateinamerika im Fokus der National Security Strategy, geschichtedergegenwart.ch, 11.1.2026.

18 Das angestrebte Abkommen mit der EU erstreckt sich auf Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay. Seit Kurzem ist auch Bolivien Mercosur-Mitglied, aber noch nicht voll integriert. Eigentlich gehört auch Venezuela zu dem Staatenbund, seine Mitgliedschaft wurde aber suspendiert. Weitere Staaten sind assoziiert.